

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Krise der Regierung droht zur Krise des Staates zu werden. Wirtschaftsgutachten, Arbeitsmarktzahlen, Herbst-Steuerschätzung: die Frage nach der Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens wird sich immer drängender stellen.

Die Lage ist aber eindeutig durch die falsche Politik der Bundesregierung entstanden. Dennoch ist dies kein Grund zur Häme oder Schadenfreude, sondern auch für die Union nicht minder ein Anlass zur Besorgnis. Denn die Krise droht die öffentlichen Grundstrukturen so schwer in Mitleidenschaft zu ziehen, dass keine politische Einheit, auch nicht die meisten von CDU und CSU regierten Kommunen und Bundesländer, glimpflich davon kommen werden. Dabei sind gerade die regierungs- und bundesfernen Institutionen zur innerstaatlichen Balance und zur Erneuerung von unten gegen Rot-Grün unentbehrlich.

Schlechte Kompromisse, die die Agonie verlängern, können deswegen in niemandes Interesse liegen. Wir verlangen von der Bundesregierung, dass sie so schnell wie möglich ihren Kurs aufgibt und fundamental umsteuert.

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Koalitionskrach, aber kein reinigendes Gewitter ...S.2

Nato - Gipfel ...S.3

Aktuelle Stunde ...S.3

Bundesanstalt für Arbeit ohne Geld und ohne Erfolg ...S.4

Weniger Aufträge für Industrie.... ...S.5

Umsatz- und Beschäftigungsrückgang... ...S.5

Klimaschutzziel wird verfehlt ...S.6

Gerster vertröstet uns weiter ...S.6

In eigener Sache ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Koalitionskrach, aber kein reinigendes Gewitter



►► Am Streit zwischen Grün und Rot über die Rentenbeiträge ist dreierlei bemerkenswert:

Erstens, dass nur ein Monat nach der Wahl des Bundeskanzlers schon mit Worten wie „Stimmverweigerung“ und „Koalitionsbruch“ gedroht wird. Was bleibt da noch als Steigerung, wenn die nächsten Zumutungen kommen?

Zweitens, dass dieser Zwergenaufstand folgenlos bleiben wird, denn wer sich in den Koalitionsverhandlungen Anfang Oktober und den Koalitionsberatungen letzte Woche zur grünen Minna machen lässt, ist selber schuld, wenn er nicht mehr ernst genommen wird.

Und drittens, dass die Grünen nur zu einem trotzigem „Nein, meine Suppe ess' ich nicht“ fähig sind, anstatt wenigstens den Ansatz eines eigenen Reformkonzeptes vorzulegen.

- Grünen-Chef Kuhn vor Journalisten am 4. November: "Das Ziel, an 19,3% fest zu halten, ist für die Grünen elementar und wichtig." (zitiert nach Bild 5.11.2002)
- Fritz Kuhn am 5. November, nach dem 19,5%-Beschluss: "In der Summe ist das Ergebnis akzeptabel." (Quelle: www.gruene-partei.de)

Ingrid Fischbach: "Auch die erste Nachbesserung“ der Eigenheimzulage bringt keine wirkliche Besserung für die Familien. Eine zweiköpfige Familie wird weiterhin für einen Neubau ca. **12.000 Euro in acht Jahren weniger erhalten** als nach geltendem Recht. Das bedeutet eine **Kürzung von 38 %**.

Nach Berechnungen des Berliner Forschungsinstitut Empirica werden allein bei den unter 40-Jährigen ca. **5,7 Mio. Haushalte** wegen der Absenkung der Verdienstgrenzen **von der Förderung ausgeschlossen**. (Die Welt 11.11.02“

Weitere Korrekturen dürfen zwar von einigen Sozialdemokraten bis zu den Landtagswahlen gefordert werden, werden dann aber von der SPD-Führung nach den Wahlen endgültig einkassiert. Es gibt nur eine sichere Methode, vielen Millionen Familien weiterhin Wohneigentum zu ermöglichen, und das ist die Wahl von CDU-Ministerpräsidenten in Hessen und Niedersachsen. <<<



Nato - Gipfel

▶▶ In der Debatte zum bevorstehenden **NATO-Gipfel** forderten wir die Bundesregierung mit dem Antrag „**Die NATO auf die neuen Gefahren ausrichten**“ unter anderem auf:

- die antiamerikanischen Äußerungen nachdrücklich zu korrigieren;
- aktiv zu einer gemeinsamen Position der NATO in der Irak-Frage beizutragen;
- im Bündnis auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse und einer entsprechenden strategischen Antwort auf die neuen sicherheitspolitischen Gefahren zu drängen;
- das NATO-Projekt „Schnelle Eingreiftruppe“ zu unterstützen und die Bundeswehr entsprechend auszustatten. <<<

Aktuelle Stunde

▶▶ Auf Antrag der FDP-Bundestagsfraktion hat sich mit unserer Unterstützung am Mittwoch eine **Aktuelle Stunde zur Steuerschätzung** mit der Finanzkrise der öffentlichen Hand befassen. Zwei Punkte sind entscheidend:

Die Steuerausfälle **treffen** zwar **alle**, sind aber **nicht von**



Spruch der Woche

*"Made in Germany –
übersetzt: In Deutschland
ist der Wurm drin."*

Roman Herzog
zum 50. Geburtstag der
Deutschen Gesellschaft für
Qualität

Ländern oder **Kommunen zu verantworten, sondern alleine vom Bund.**



Die Steuerausfälle sind auch nicht in erster Linie Resultat ungünstiger zwanghafter Entwicklungen der „globalen Weltwirtschaft“, sondern **Folge gravierender Fehlentscheidungen der Bundesregierung** bei Arbeit, Wirtschaft und Finanzen.

Dies gilt es immer wieder deutlich zu machen.

Die Bedeutung einer Gemeindefinanzreform wird immer größer, wir haben mit einem Gesetzentwurf darauf reagiert.

Ingrid Fischbach: „Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte gewinnt die Beratung über das von der Union eingebrachte **Gemeindefinanzreformgesetz** an Dringlichkeit. Durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage auf das alte Niveau können die am Rande der Handlungsunfähigkeit stehenden Kommunen wenigstens vorerst etwas Luft zum Atmen erhalten.“ <<<

Bundesanstalt für Arbeit ohne Geld und ohne Erfolg

▶▶ Während die BA bis Ende Oktober ein Defizit von rund fünf Milliarden Euro aufgehäuft hat, sieht es auf der Haben-Seite mau aus: Eine BA-Studie kommt zum Ergebnis, dass nur wenige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausreichende Erfolge bringen. Demnach befinden sich nur 30% aller ABM-Teilnehmer sechs Monate nach der Maßnahme in einer regulären Beschäftigung; bei den Strukturanpassungsmaßnahmen können leider auch nur 40% der Teilnehmer mit einem dauerhaften Job rechnen.

(Quelle: Handelsblatt 11.11.2002) <<<

Weniger Aufträge für Industrie – Gefahr für Wirtschaftswachstum



►► „Superminister“ Clement kann keine „Superzahlen“ präsentieren: Die Auftragseingänge in der deutschen Industrie verringerten sich laut Bundeswirtschaftsministerium von August auf September saison- und preisbereinigt um 2,5%.

Die Nachfrageabschwächung sei sowohl im Inland wie auch im Ausland zu beobachten. Analysten sprechen von enttäuschenden Zahlen, die für das Wachstum der Gesamtwirtschaft im vierten Quartal nichts Gutes verheißen. Sogar eine Stagnation oder ein Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts wird nicht mehr ausgeschlossen.

(Quelle: Reuters 6.11.2002)

Die OECD überlegt sogar, am 21. November die Konjunkturerwartung für Deutschland 2002 auf nur noch 0,2 % (Eurozone 0,7 %) herunterzuschrauben

(Quelle: Handelsblatt 11.11.2002).

Die Bundesregierung rechnet noch mit der „Nachwahl-Wahrheit“ von 0,5 %, vermutlich aber nicht mehr lange. Spätestens beim Nachtragshaushalt Anfang Dezember kommt die Wahrheit für 2002 auf den Tisch. ◀◀



Umsatz- und Beschäftigungsrückgang im Handwerk stärker als erwartet

►► Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) erwartet für dieses Jahr einen noch deutlicheren Rückgang bei Umsatz und Beschäftigung als bisher prognostiziert.

ZDH-Generalsekretär Hanns-Eberhard Schleyer: „*Wir denken, das Umsatzminus wird jetzt bei gut drei Prozent liegen.*“ Bislang war man von einem Minus von einem Prozent ausgegangen.

Wußten Sie schon,

... dass 2 Billionen Euro zwischen 2001 und 2002 in Deutschland vererbt werden?

Die Summe geht an 15,1 Millionen Haushalte. Das entspricht 40 Prozent aller deutschen Haushalte. Zwei Prozent davon sind Großen und erhalten im Durchschnitt 1,75 Millionen Euro.

Nachdem der ZDH im Frühjahr mit einem Abbau von rund 200.000 Arbeitsplätzen gerechnet hatte, rechnet man jetzt mit dem Verlust von über 300.000 Jobs.

(Quelle: Reuters 5.11.2002) <<<



Klimaschutzziel wird verfehlt

▶▶ Die Bundesregierung wird ihr ursprüngliches Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2005 im Vergleich zu 1990 um 25% zu vermindern, deutlich verfehlen.

„Das Ziel ist bis 2005 nicht zu schaffen“, meint Martin Jänicke, Klimaexperte im Umweltsachverständigenrat der Bundesregierung. (Quelle: Berliner Zeitung 6.11.2002) <<<

Gerster vertröstet uns weiter

▶▶ Laut BA-Chef Gerster ist jetzt erst in der zweiten Jahreshälfte 2003 mit einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. (Quelle: FAZ 8.11.2002)

Vor wenigen Monaten – Anfang Juni 2002 – klang das noch anders. Damals sagte SPD-Mann Gerster: *„Wir haben Vorausschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die besagen, dass im vierten Quartal mit einer doch fühlbaren Erholung zu rechnen ist am Arbeitsmarkt. Das halte ich für wahrscheinlich.“*

(Quelle: hr-online.de 5.6.2002) <<<

In eigener Sache

Die nächste Ausgabe von **BERLIN**DieWoche ▶▶▶ erscheint in 3 Wochen.



... das Allerletzte!

Eigentlich sollten die neuen UMTS-Mobiltelefone bei den technikverliebten Japanern besonders gut ankommen. Dachten die Manager des Telefonkonzerns NTT Docomo. Der Betreiber des weltweit ersten kommerziellen UMTS-Netzes wollte allein in Japan im laufenden Geschäftsjahr rund 1,38 Millionen Handys der dritten Generation verkaufen. Doch jetzt muss das Unternehmen seine Absatzprognose um fast 80 Prozent senken. NTT Domoco wird gerade mal 320000 Geräte absetzen.



